



Ermittler in Salisbury, England

Zeitgeschichte

Alliierte wussten vor dem BND von Nowitschok

● Mehrere Nato-Staaten verfügten Mitte der Neunzigerjahre über detaillierte Kenntnisse zum sowjetischen Kampfstoff Nowitschok – und hielten ihr Wissen vor der Bundesregierung Helmut Kohls (CDU) geheim. Das musste der Bundesnachrichtendienst (BND) feststellen, als er damals die Verbündeten stolz über eine Probe Nowitschok informieren wollte, die ein russischer Überläufer dem BND besorgt hatte. Die Alliierten »wussten bereits Bescheid«, ärgert sich noch heute ein Beteiligter. Mit Nowitschok wurde kürzlich im englischen Salisbury ein Anschlag auf den britisch-russischen Doppelagenten Sergej Skripal und dessen

Tochter verübt. Indizien legen nahe, dass Moskau dahintersteckt. Die Existenz dieser Probe widerspricht allerdings der Behauptung Großbritanniens, der Kampfstoff könne nur aus Russland kommen. Schon vor dem Mauerfall wusste der Westen, dass Moskau das Gift produzierte, bald darauf lag auch die Formel vor (SPIEGEL 17/2018). Immerhin durften die Deutschen dank ihrer Probe bei einer Arbeitsgruppe in der Nato mitmachen, zu der Amerikaner, Briten, Niederländer, Kanadier und weitere Länder zählten. Die Geheimdienstler tauschten sich einige Male etwa über Toxizität, Nachweis- und Lagerfähigkeit von Nowitschok aus, dann löste sich die Gruppe auf. Viele Medien hatten jüngst berichtet, der BND habe mit seiner Probe »maßgeblich« dazu beigetragen, dass der Westen Nowitschok kenne. KLV

Drittes Geschlecht

SPD-Häuser blockieren Seehofers Entwurf

● Justizministerin Katarina Barley und Familienministerin Franziska Giffey (beide SPD) blockieren einen Gesetzesentwurf von Innenminister Horst Seehofer (CSU) über die Rechte von Menschen ohne eindeutiges biologisches Geschlecht. In einem Schreiben des Justizministeriums gegen Seehofers Entwurf, der ein Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2017 umsetzen soll, heißt es, dessen Regelwerk sei »noch nicht ausgereift«. Der Entwurf erzeuge »ein Ungleichgewicht zwischen Inter- und Transsexuellen«, für die Barley ein einheitliches Gesetz fordert. Seehofer strebt dagegen eine juristische Minimallösung an: Menschen, die weder weiblich noch männlich sind, sollen sich laut seinem Haus künftig in Ausweispapieren in der Kategorie »anderes« eintragen lassen können. Im Justiz- und im Familienministerium hält man diese Bezeichnung, die auf eine Empfehlung des Ethikrats zurückgeht, für herabsetzend. Barley bevorzuge den Begriff »weiteres«, heißt es, Giffey wolle »divers« oder »inter«. Seehofer will überdies Kindern mit uneindeutigem Geschlecht ab dem Alter von 14 Jahren die Entscheidung gestatten, wie sie im Personenstandsregister geführt werden. Barley fordert dagegen, »zumindest zu erwägen«, ob dies nicht schon für noch jüngere Kinder möglich sein solle. Auch will die Justizministerin es den Betroffenen im Konfliktfall ermöglichen, eine Personenstandsänderung ohne Zustimmung ihrer Eltern zu erreichen – und sich später im Leben doch wieder für ein anderes Geschlecht zu entscheiden. AMA

Abgasaffäre

Rückruf von 60 000 Porsche

● Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) lässt zwei Dieselmotoren von Porsche zurückrufen. Dabei handelt es sich nach Informationen des SPIEGEL und des Bayerischen Rundfunks um das aktuelle Modell des Macan 3,0 Liter V6 mit einer Stückzahl von 53 000 und den Cayenne 4,2 Liter V8, bei dem in 6800 Exemplaren Software manipuliert wurde. »Aufgrund der eingebauten Abschalteinrichtungen kann es im Betrieb der Fahrzeuge zu erhöhten Stickoxidemissionen kommen«, so ein Sprecher des Verkehrs-



Porsche-Logo

ministeriums. Beide Modelle haben die Schadstoffklasse Euro 6, die von Konzernen und Regierung beworben wird, um im Austausch gegen ältere Diesel für bessere Luft zu sorgen. Beim Macan fanden die Prüfer des KBA fünf illegale Abschalteinrichtungen, die bewirken, dass die Abgasreinigung nur im Labor voll funktioniert – auf der Straße nicht. Im Verkehrsministerium ist man über die Anzahl der Softwaremanipulationen ebenso verärgert wie darüber, dass beim Macan bereits 2016 ein Softwareupdate vorgenommen wurde – angeblich um die Abgaswerte zu verbessern. Porsche erklärte, man habe bereits im Februar die Behörden über »Unregelmäßigkeiten« informiert. GT